

Interview Dr. Monika Wulf-Mathies zu ihrer Zeit als EU-Kommissarin

1. *Sie wurden 1995 EU-Kommissarin, vorgeschlagen ausgerechnet vom CDU-Kanzler Helmut Kohl, dem Sie als ÖTV-Vorsitzende ja durchaus nicht immer Freude bereitet hatten. Wie kam es dazu?*

Wulf-Mathies: Das war sicher überraschend, denn wir hatten 1992 drei Wochen lang im Öffentlichen Dienst gestreikt, nicht zuletzt, weil Helmut Kohl sich in die Tarifverhandlungen eingemischt hatte und uns eine Lohnleitlinie vorgeben wollte. Ganz genau weiß ich es natürlich nicht, wie es zu seinem Vorschlag kam, aber er hatte wohl mit dem damaligen DGB-Vorsitzenden, Heinz-Werner Meyer, über die anstehende Besetzung der EU-Kommission gesprochen, und da die großen Mitgliedstaaten damals noch zwei Kommissare entsenden konnten, war es Helmut Kohl immer wichtig, die SPD mit einzubinden. Darüber hinaus lag ihm daran, die deutschen Gewerkschaften auf Integrationskurs zu halten, denn in vielen Mitgliedsstaaten im Süden, aber auch im Vereinigten Königreich, stand die Gewerkschaftsbewegung der EU eher kritisch gegenüber. So kam es dann wohl zur Frage an mich. Diese Auswahl bot außerdem den Vorteil, erstmals eine Frau aus Deutschland nach Europa zu schicken.

2. *Was sind die Aufgaben der EU-Kommissarin für Regionalpolitik?*

Wulf-Mathies: Die Regionalpolitik ist das klassische Instrument zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der EU und Ausdruck der Solidarität der Stärkeren mit den Schwachen. Mit Hilfe der Strukturfonds (und des Kohäsionsfonds) soll die Wirtschaftskraft in den ärmeren Regionen gestärkt und an den Durchschnitt des BIP aller Mitgliedstaaten herangeführt werden. Die Kommissarin für Regionalpolitik macht in den Haushaltsverhandlungen Vorschläge für die Höhe der Mittel, die in der jeweiligen Haushaltsperiode für die Strukturfonds zur Verfügung stehen sollen, und verhandelt mit den Mitgliedstaaten über die Programme, die mit europäischen Geldern unterstützt werden sollen. Die europäische Regionalpolitik ist deshalb besonders interessant, weil sie verschiedene Politikbereiche miteinander verbindet: z.B. Wirtschaftspolitik mit Umweltpolitik. Sie kann die Stärkung der Informations- und Kommunikationstechnologien ebenso unterstützen wie die Entwicklung des kulturellen Potentials, sie fördert Frauen-Projekte, die ohne EU-Mittel nicht realisiert werden könnten. Sie kann helfen, Regionen im Strukturwandel durch neue Investitionsfelder und Qualifikationsmaßnahmen zu unterstützen, und sie ermöglicht grenzüberschreitende wirtschaftliche Kooperationen.

3. *Europäische Kommissare sind unabhängig von Regierungen und Unternehmen. Ist bzw. war das tatsächlich so?*

Wulf-Mathies: Grundsätzlich ja. Das heißt nicht, dass nicht immer wieder Regierungen versucht hätten, „ihre Kommissare“ zu instrumentalisieren oder Lobbyisten oder NGOs versucht haben, Druck auszuüben. Aber am Ende wurden alle wichtigen Entscheidungen im Kollegium diskutiert und getroffen. Und da fiel es sehr schnell auf, wenn jemand als „Briefbote“ eines Landes oder eines Unternehmens auftrat. Und wenn man ernst genommen werden wollte, musste man schon zeigen, dass man in allererster Linie das europäische Interesse im Blick hatte und auch bereit war, dies auch gegenüber seinem Herkunftsland zu vertreten. Da gab es zum Teil schon erhebliche Konflikte, insbesondere in der Wettbewerbspolitik, wenn es um staatliche Beihilfen für Unternehmen ging.

4. *Und wie schätzen Sie heute die Rolle der EU-Kommission ein?*

Wulf-Mathies: Die Rolle hat sich nicht verändert. Die EU-Kommission ist Hüterin der Verträge und Motor der europäischen Integration. Wieviel sie jeweils durchsetzen kann, hängt von der Autorität der Personen, der Qualität der Arbeit und der Bereitschaft der Mitgliedstaaten ab, die gemeinsame Verantwortung für die EU als Ganzes über Partikularinteressen zu stellen. Die EU-Kommission hat es angesichts steigender Nationalisierungstendenzen und zunehmend autoritärer Strömungen in den Mitgliedstaaten heute sehr viel schwerer, europäische Lösungen durchzusetzen. Außerdem ist die EU sehr viel heterogener geworden, was die Kompromissfindung sehr viel schwieriger macht.

5. *Welche Einflussmöglichkeiten der EU-Kommission auf Regionalpolitik in den EU-Ländern gibt es?*

Wulf-Mathies: Die EU-Kommission muss die Strukturprogramme der Mitgliedstaaten genehmigen und ihre Umsetzung überwachen. Bei den großen Infrastrukturprojekten des Kohäsionsfonds, wo die Finanzierung zum überwiegenden Teil aus EU-Mitteln kommt, hat sie auch einen großen Einfluss auf die Auswahl und die Durchführung der Projekte. In Mitgliedstaaten, in denen es wenig Erfahrung mit Strukturpolitik gab, hat die EU-Kommission mit Workshops und Qualifizierungsmaßnahmen für die Beamten dazu beigetragen, die öffentliche Verwaltung zu modernisieren und ihre Fähigkeiten zum Management großer Investitionen zu stärken. Auch die Verbreitung von Best-practice-Beispielen trug dazu bei, Erfahrungen aus anderen Regionen für die eigene Entwicklung nutzbar zu machen. Die Evaluierungsberichte, die die Kommission regelmäßig erstellt, geben ebenfalls Hinweise darauf, welche Maßnahmen besonders

positive Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung strukturschwacher Regionen haben. Mit anderen Worten: Die EU-Kommission verfügt über einen breiten Instrumentenkasten, um Mitgliedstaaten bei der regionalen Entwicklung zu unterstützen.

6. *Lassen Sie uns über Beispiele sprechen. Sie waren 1997/98 an Gesprächen zum Friedensabkommen in Nordirland (Good Friday Agreement) beteiligt. Was war die Rolle der EU-Kommissarin?*

Wulf-Mathies: Das Friedensprogramm für Nordirland und die Grenzregionen war ein ganz besonderes Projekt, das ich mit Herzblut und großem Einsatz in meiner Amtszeit vorangetrieben und begleitet habe. Es war für mich der Inbegriff dessen, wofür Europa steht, nämlich in vollem Respekt für die religiöse, politische und kulturelle Identität der Menschen das friedliche Zusammenleben zu fördern, indem man sich auf Projekte zum gemeinsamen Nutzen verständigt und sie gemeinsam durchführt.

Das sagt sich leicht, war aber anfangs ein sehr mühseliger Prozess, weil sich die unterschiedlichen politischen und religiösen Gruppen feindselig gegenüberstanden, nicht miteinander redeten, geschweige denn bereit waren, miteinander zu handeln. Durch vertrauensbildende Maßnahmen und viele Gespräche mit den Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus Nordirland gelang es der Kommission, als ehrlicher Makler akzeptiert zu werden. Während man der Regierung des Vereinigten Königreichs mit Misstrauen begegnete, gelang es mir, ein Vertrauensverhältnis zu allen Akteuren aufzubauen und schließlich die Zustimmung des streitbaren DUP-Vorsitzenden und Pfarrers Ian Paisley zur Mitgliedschaft eines Vertreters von Sinn Féin im Begleitausschuss (Monitoring Committee) des EU-Friedensprogramms zu gewinnen.

Ich bin immer wieder nach Nordirland gereist, um die politischen und religiösen Akteure, NGOs und Graswurzelbewegungen zu überzeugen, dass das EU-Programm die Chance bietet, Frieden und Zusammenarbeit zu festigen und nach Gewalt und unendlichem Leid neue Perspektiven für das soziale und wirtschaftliche Leben zu eröffnen. Sehr gerührt war ich, als ich lange nach meiner Amtszeit eine Einladung, unterschrieben von Ian Paisley als First Minister und Martin McGuinness als Deputy First Minister, zu einer „Recognition Ceremony“ erhielt, auf der der EU für ihren Beitrag zu einer friedlicheren Entwicklung in Nordirland gedankt wurde.

7. *Auch nach dem Abkommen hat es Gewaltausbrüche der IRA gegeben, etwa den verheerenden Bombenschlag von Omagh, politisch ist es auch eher schwierig. Für wie wichtig halten Sie das Abkommen dennoch auch heute?*

Wulf-Mathies: Leider gibt es immer wieder Gewaltausbrüche in Nordirland. Die Wurzeln des Terrors liegen tief. Aber es ist nicht zuletzt das Verdienst des EU-Programms für „peace and reconciliation“, dass die Bevölkerung die Erfahrung gemacht hat, dass man Konflikte auch anders als durch Gewalt austragen kann. Dadurch wurde den Radikalen der Nährboden entzogen. Die Menschen wollten keine Gewalt mehr, sie haben sie auch nicht mehr gedeckt. Um so bedauerlicher ist es, dass durch den Brexit das labile Gleichgewicht in Nordirland mutwillig aufs Spiel gesetzt wird.

8. *Lassen Sie uns auf ein anderes Thema aus ihrer Zeit als EU-Kommissarin kommen: die europäische Sozialunion. Muss sie Teil der „Wertegemeinschaft“ EU sein?*

Wulf-Mathies: Die Kompetenzen der EU sind leider in der Sozialpolitik wie in der Gesundheitspolitik außerordentlich begrenzt. Die EU wurde als Wirtschaftsgemeinschaft gegründet und weist deshalb auch die stärkste Vergemeinschaftung in der Wirtschaftspolitik mit dem gemeinsamen Binnenmarkt, der Wirtschafts- und Währungsunion, dem freien Verkehr von Waren und Dienstleistungen auf. Gerade zu einer erfolgreichen sozialen Marktwirtschaft, der alle Mitgliedstaaten – wenn auch mehr oder weniger – verpflichtet sind, gehört aber auch der soziale Ausgleich. Wenn immer mehr Menschen wütend darüber sind, dass die Bankenrettung in Europa lange Zeit einen höheren Stellenwert hatte als die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, ist das ein Alarmzeichen. Es ist deshalb dringend erforderlich, künftig die Möglichkeiten der Sozialcharta in der europäischen Gesetzgebung voll auszuschöpfen. Die Chancen dafür werden sich bessern, wenn die Briten nach dem Brexit nicht mehr auf der Bremse stehen, wenn es um höhere Sozialstandards, um einen europäischen Mindestlohn, die Stärkung von Arbeitnehmer-Rechten, Investitionen in die soziale Gestaltung der Digitalisierung oder eine Angleichung von Unternehmenssteuern geht. Auch wenn die Sozialsysteme in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich sind, ist es notwendig, soziale Mindeststandards zu definieren und einen Wettlauf der Sozialstandards nach unten zu verhindern.

Die Stärkung der sozialen Dimension wird für die EU zum Glaubwürdigkeitstest. Wenn hier keine Fortschritte erzielt werden, werden sich noch mehr Menschen von Europa abwenden und rechtspopulistischen Rattenfängern ihre Stimme geben.

9. *Wir kommen am Thema Jaques Santer nicht vorbei, denn Sie gehörten der Santer-Kommission an. 1999 ist die Kommission geschlossen zurückgetreten. War das nicht abzuwenden?*

Wulf-Mathies: Die Santer-Kommission ist geschlossen zurückgetreten, weil es formal keine andere Lösung gab, die Franzosen einen Rückzug von Edith Cresson ablehnten und Santer vor einem Machtwort zurückschreckte, das ihm auf der Grundlage der Verträge auch nicht zustand. Erst seit diesem Debakel hat der Kommissionspräsident das Recht, einzelne Kommissare zum Rücktritt aufzufordern. Der kollektive Rücktritt der Kommission stand am Ende einer unglücklich geführten Auseinandersetzung mit dem Europäischen Parlament über Unregelmäßigkeiten und Betrügereien bei der Mittelvergabe und strukturelle Probleme bei der Administration und Kontrolle von Fördergeldern für einzelne EU-Programme, u.a. im Bereich der Humanitären Hilfe. Die Kommission hat sich in dieser Auseinandersetzung sehr ungeschickt verhalten und das EU-Parlament wollte, insbesondere vor den anstehenden Europa-Wahlen, seine Macht beweisen. Der Streit eskalierte. Es wurden in den Medien Fälle von vermeintlicher Korruption angeprangert. Eine Untersuchungskommission, die der Kommission nicht einmal eine Stellungnahme zu ihren pauschalen Vorwürfen erlaubte, verstieg sich zur Behauptung, dass die Kommission ein Hort von Korruption und Verantwortungslosigkeit sei. Der Vorsitzende der Untersuchungskommission, ein Franzose, war bemüht, neben Edith Cresson auch anderen Kommissaren Verfehlungen vorzuwerfen. So warf er mir z.B. vor, ich hätte einem mir persönlich bekannten Juristen regelwidrig einen Zeitvertrag in der Generaldirektion Regionalpolitik verschafft, anstatt ihn in meinem Kabinett zu beschäftigen - eine verwaltungstechnische Spitzfindigkeit, aber kein valider Vorwurf. Schließlich war die Stimmung so vergiftet, dass die Kommission geschlossen zurücktrat, um diesem unwürdigen Schauspiel ein Ende zu bereiten, auch wenn letztlich kein einziger Fall von Korruption nachgewiesen wurde.

Ich glaube schon, dass man diesen Rücktritt hätte vermeiden können, wenn man von vornherein Probleme und strukturelle Defizite eingeräumt hätte und bereit gewesen wäre, diese gemeinsam mit dem Rechnungshof und dem Parlament abzustellen. Reformen waren nötig, denn der Kommissionsapparat war über viele Jahre vor allem auf politische Planung ausgerichtet und weder personell noch sachlich in der Lage, wachsende Finanzmittel und Projekte angemessen zu verwalten und zu kontrollieren. Dafür die notwendigen Veränderungen vorzunehmen, hatte die Santer-Kommission zwar begonnen, aber dieser Prozess war bei weitem nicht abgeschlossen. Um das Parlament zu gemeinsamen Reformschritten bei der Umstrukturierung und der Betrugsbekämpfung zu bewegen, hätte es klarere Zuständigkeiten in der Kommission

und in den Dienststellen und einen offeneren und transparenteren Umgang mit dem Parlament gebraucht. Ich war deshalb der Meinung, dass der Kommissionspräsident diese Angelegenheit, spätestens als die Verhandlungen mit dem Parlament zu scheitern drohten, zur Chefsache hätte machen sollen.

10. *War die Arbeit der Santer-Kommission dennoch erfolgreich?*

Sieht man sich die Gesamtbilanz der Santer-Kommission an, kann sie sich trotz dieser Probleme durchaus sehen lassen: Vollendung der Währungsunion, Stabilitätspakt, Agenda 2000, Umsetzung der europäischen Binnenmarktgesetzgebung, Erarbeitung der Vorbeitrittsstrategie sind Stichworte, die zeigen, dass es zwar nicht die großen Visionen waren, die uns vor allem beschäftigten, aber dass solide Arbeit geleistet wurde, die den Vergleich mit ihren Nachfolgern nicht zu scheuen braucht.

11. *Wenn Sie die EU vor 25 Jahren, also zu Ihrer Zeit, mit heute vergleichen: Hat sie sich weiterentwickelt?*

Wulf-Mathies: Die EU hat sich seitdem enorm verändert. Sie ist von 15 auf 28 Mitgliedstaaten mit fast 500 Millionen Bürgern angewachsen. Aber sie ist nicht nur größer geworden, sie wurde auch heterogener, die zentrifugalen Kräfte nahmen zu. Stärkstes Zeichen dafür: der Brexit, aber auch der Streit um Asylpolitik und Zuwanderung. Der Konflikt um das Ziel der Gemeinschaft - Vertiefung der Integration oder Beschränkung auf einen großen gemeinsamen Markt - hat sich verschärft. Unterschiedliche Erwartungen auf dem Weg zum EU-Beitritt, die Wirtschafts- und Finanzkrise und zunehmende rechtsextreme und xenophobe Strömungen in vielen Mitgliedstaaten, ein schleichender Prozess zu immer mehr intergouvernementalem Handeln, und - damit verbunden – eine Stärkung des Europäischen Rats und eine Erosion der Gemeinschaftsinstitutionen haben dazu geführt, dass die EU nicht nur von innen geschwächt wurde, sondern auch im Außenverhältnis gegenüber den USA, China und Russland an Einfluss eingebüßt hat.

12. *Wo liegt die Zukunft?*

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass nationale Egoismen in die Sackgasse führen und es für große Lebensrisiken wie Pandemien, aber auch Umweltzerstörung gemeinsamer europäischer Antworten bedarf. Das Wiederaufbauprogramm kann zu einer Stärkung der Kommission führen, weil sie für die Beschaffung und Verteilung der Mittel zuständig ist. Die Möglichkeit, für den Wiederaufbaufonds durch die EU Schulden aufzunehmen, kann ein erster Schritt zur Schaffung eigener Einnahmen der

EU sein und damit die Handlungsfähigkeit der EU stärken. Auch hier kann sich bewahrheiten, dass die EU noch aus jeder Krise gestärkt hervorgegangen ist, auch wenn es vorher noch so düster ausgesehen hat.

13. *Brauchen wir Europa?*

Wulf-Mathies: Wir brauchen die EU. Wenn es sie nicht gäbe, müssten wir sie heute erfinden, und es ist höchste Zeit, dass dies die Europäer endlich begreifen. Der amerikanische Politologe Jeremy Rifkin hat 2015 den European Dream beschrieben und die Stärke der EU darin gesehen, Konflikte durch Verhandlungen zu lösen, über inhaltliche Divergenzen hinweg das Gemeinsame zu suchen und sich zu vertragen, indem man Verträge schließt und sie einhält. Diese Fähigkeit, die wir in unserer Geschichte ja auch erst bitter lernen mussten, sollten wir in der Weltpolitik viel stärker einsetzen. Denn alle weltpolitischen Krisen der letzten Jahre haben gezeigt, dass man mit militärischen Interventionen keine Konflikte lösen, schon gar nicht befrieden kann. Wir als Europäer sollten deshalb in der Außen- und Sicherheitspolitik auf Friedensarbeit und „nation building“ setzen. Der europäische Weg wird mehr denn je gebraucht: als diplomatische Kraft und humanitäre Organisation.

Es geht um mehr als um Krieg und Frieden, was vielen als europäisches Narrativ nicht mehr auszureichen scheint. Es geht schlicht und ergreifend um die Selbstbehauptung Europas angesichts vielfältiger Bedrohungen von innen und außen.

14. *Das hört sich sehr sorgenvoll an...*

Wulf-Mathies: Wollen wir uns das liberale europäische Gesellschaftsmodell durch Rechtspopulisten von innen aushöhlen und die EU von außen durch America First, China First, Russia First marginalisieren lassen? Wollen wir das weltoffene Europa zur Festung machen, die angesichts weltweiter Fluchtbewegungen nicht zu halten ist? Geben wir denen mehr Macht, die Entsolidarisierung und den Abbau demokratischer Rechte vorantreiben wollen und mit überholten Geschlechterrollen die erfolgreiche Gleichstellungspolitik der EU unterminieren. Kann man denen glauben, die die Klimakrise negieren?

Es mag sein, dass die Krise Europas und die Dramatik der Situation noch nicht bei allen angekommen ist, weil Europa schon viele Krisen überstanden hat und die EU vielen so selbstverständlich erscheint, dass sie sich darauf verlassen, dass dies immer so bleibt. Aber es ist diesmal anders: Es geht um Europa als Raum des Friedens und der Demokratie, es geht um Toleranz, kulturelle Identität und Vielfalt, um politische und soziale Stabilität.

Auch wenn das Wohlstandsversprechen angesichts massiver Probleme durch Klimawandel, weltweite Fluchtbewegungen und die Folgen der Corona-Pandemie an Grenzen stößt, die europäische Integration ist die einzige Lebensversicherung, die wir als Bürger in Europa haben.